

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

38. Jahrgang / 179

19. September 1983

Nur der Anfang

Der gemeinsame Protest von Gewerkschafterinnen und SPD-Frauen gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung muß fortgeführt werden

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Zum ersten Mal haben gewerkschaftlich organisierte Frauen und SPD-Frauen gemeinsam in einer großen Demonstration deutlich gemacht, daß sie die rückwärts gerichtete Politik der Bundesregierung nicht länger hinnehmen wollen. Die Bonner Demonstration am gestrigen Sonntag hat gezeigt, daß Frauen weit mehr als bisher bereit sind, für ihr Recht auf Arbeit zu kämpfen und sich nicht in die Reserve-Armee abschieben lassen. Es ist erfreulich, daß der Bewußtseinswandel durch die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition offensichtlich bereits soweit fortgeschritten ist, daß Frauen auf den Versuch, diese Politik zurückzunehmen, mit massivem Protest reagierten.

Die Politiker können jetzt nicht länger ohne weiteres davon ausgehen, daß es problemlos möglich wäre, Frauen die sozialen Absicherungen wieder zu nehmen, die ihnen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Die Frauen sollen es nicht bei dieser Protestaktion belassen. Dies kann nur der Anfang gewesen sein. Jede Frau muß sich nun klar machen, daß diese Bundesregierung bereits die Kürzung des Mutterschaftsgeldes, die Kürzung der Sozialhilfe, Einschränkungen beim Anspruch auf Berufs- und Erwerbsunfähigkeits-Rente sowie die Streichung des Schüler-BaföGs beschlossen hat. Alles dies trifft vor allem die Frauen. Die Reform des Paragraphen 218, die vorgezogene Altersrente für Frauen sowie die Reform des Ehescheidungsrechtes sind akut bedroht. Mit der scheinheiligen Begründung sich für ihre Interessen einzusetzen, bietet man Frauen Arbeitszeitformen wie Shop-Sharing oder kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit an, die Arbeitsrecht und Arbeitsschutz aushebeln und Frauen wieder an den Rand des Arbeitsmarktes drängen.

In den kommenden Wochen und Monaten sind alle Frauen aufgefordert, öffentlich deutlich zu machen, daß sie nicht bereit sind, diese Politik zu akzeptieren. (-/19.9.1983/ks/rs)

Inge Wettig-Danielmeier MdL, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, würdigt den gemeinsamen Widerstand der OGB- und der SPD-Frauen gegen die unsoziale Regierungspolitik: Die Bonner Demonstration war nur der Anfang.

Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, kündigt den Widerstand der SPD gegen die Bahn-Politik der Bundesregierung an: Neubaustrecken unverzichtbar.

Seite 2

Joachim Poß MdB fordert die Integration der Türken und belegt die Richtigkeit der SPD-Politik auf diesem Gebiet.

Seite 3

Paul Busse MdB, Vorsitzender des Innenausschusses der Hamburger Bürgerschaft, warnt vor dem Demokratie-Abbau durch die Bundesregierung: Innerer Frieden gefährdet.

Seite 4



DB - Neubaustrecken sind unverzichtbar

Stoltenberg und Dollinger müssen mit Widerstand rechnen

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Nach bekanntgewordenen Äußerungen möchte Bundesfinanzminister Stoltenberg am liebsten die Deutsche Bundesbahn (DB) - Neubaustrecken Hannover-Würzburg und Mannheim-Stuttgart, sowie andere Modernisierungsmaßnahmen, einstellen lassen. Diese Absichten werden unseren erhärteten Widerstand finden. Die DB-Neubaustrecken sind für eine attraktive Bundesbahn unverzichtbar. Wer mit der Aussage kommt, die Neubaustrecken würden 15 Milliarden DM kosten und allenfalls Mehreinnahmen von 500 Millionen DM jährlich für die Bahn einbringen, der macht nicht nur eine Milchmädchenrechnung auf, sondern benachteiligt die Bahn gegenüber anderen Verkehrsträgern, insbesondere der Straße, auf das Schwerste.

Wo blieb Stoltenbergs Eingreifen als das Kabinett zum Beispiel den Weiterbau des unsinnigen Rhein-Main-Donau-Kanals beschloß? Dort argumentierte die Union damit, daß schon zuviel Geld in den Rhein-Main-Donau-Kanal investiert worden sei. Stoltenberg weiß offensichtlich nicht, daß bei einem Stop der Neubaustrecken 4,6 Milliarden DM unwiederbringlich vergraben würden und etliche Dutzend Bauruinen entstünden. Die Investitionen in die Neubaustrecken sind auch arbeitsmarktpolitisch sinnvoll, sie sichern pro eine Million DM Investitionssumme 20 Arbeitsplätze. 30 Prozent des Auftragsvolumens fließt mittelständischen und Kleinbetrieben im engeren Trassenbereich zu und sie fördern die wirtschaftliche Entwicklung im Zonenrandgebiet, denn 70 Prozent der Neubaustrecke Hannover-Würzburg verläuft im Zonenrandgebiet und nicht zu vergessen 70 Prozent der Beschäftigten kommen aus dem engeren Trassenbereich.

Die Herren Stoltenberg und Dollinger werden deshalb aus verkehrspolitischen, volkswirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Gründen mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen müssen. Ohne entscheidende und schnelle Verbesserung der Infrastruktur der Bahn fehlt allen übrigen Maßnahmen, die in der Diskussion sind, das zukunftsweisende Element. Deshalb fordern wir die Mittel für die Neu- und Ausbesserungstrecken aus einem Sondertitel des Bundes zu finanzieren und nicht - wie bisher - den Wirtschaftsplan der DB damit zu belasten oder die DB auf den Kreditmarkt zu verweisen. Der dabei benötigte Finanzbedarf beläuft sich auf circa zwei Milliarden DM pro Jahr bis zum Jahre 1990. Für uns Sozialdemokraten ist klar: Der wirksamste Flankenschutz für die DB besteht in verstärkten Investitionen in zukunftssträchtige Bereiche des Eisenbahnverkehrs.

(-/19.9.1983/ks/rs)

+ + +



Türken können integriert werden

Die Wirklichkeit beweist die Richtigkeit sozialdemokratischer Politik

Von Joachim Poß MdB, Gelsenkirchen

Immer dann, wenn sachbezogene Analyse und wissenschaftliche Untersuchung an die Stelle nationalistischer Vorurteile und Ängste treten, sind die Ergebnisse eindeutig: Die Integration von Türken ist möglich.

So wurde dieser Tage ein Gutachten vorgelegt, das Professor Korte über die Eingliederung türkischer Familien im Auftrag der Ruhrkohle AG verfolgt hat. Nach dem Gutachten wollen Türken (bezogen auf das Ruhrgebiet) mit Deutschen zusammenwohnen, sie suchen Kontakte.

Voraussetzung ist, nach Feststellung von Korte, eine angegliche Gestaltung der Wohnsituation, eine gezielte kleinräumige Streuung der Wohnungen ausländischer Familien.

NRW-Kultusminister Girgensohn wies darauf hin, daß man in Recklinghausen im Rahmen eines Modellversuches den Kindergartenbereich von kleinen Türken verdreifachen könnte, was später die schulische Integration sehr erleichtern werde. Gleichzeitig steige die Erfolgsquote eines Hauptschulabschlusses.

Der CDU-Sozialsenator Fink aus Berlin bestätigt diese Tendenz.

Diese Fakten beweisen, wie richtig der Integrationsansatz ist, den Sozialdemokraten der menschenverachtenden Ausgrenzungspolitik von Zimmermann entgegenstellen. Allerdings muß das Engagement der Sozialdemokraten in diesem Politikfeld noch erheblich intensiviert und verbreitert werden.

(-/19.9.1983/ks/rs)

+ + +



Demokratie-Abbau

Die Einschränkung der Bürgerrechte gefährdet den Inneren Frieden

Von Paul Busse MdB

Vorsitzender des Innenausschusses in der Hamburger Bürgerschaft

Die "Wende" stellt sich auf dem Gebiet der Innenpolitik immer mehr als Freiheits- und Demokratie-Abbau heraus. Stimmung wird gemacht gegen "perverse Minderheiten und Randgruppen" (Staatssekretär Spranger). Ressentiments und Vorurteile werden kräftig geschürt. Den Anti-Atom- und BAFÖG-Demonstranten, die den Verkehr bei Demonstrationen lahmlegen, soll durch Verschärfung des Demonstrations-Strafrechts die Lust am Protest genommen werden.

Nach den Vorstellungen der Erzkonservativen sollen die Rechte der Ausländer und der Asylsuchenden abgebaut, der Datenschutz eingeschränkt werden. Über Filmförderung entscheiden nicht mehr die Sachverständigen-Gremien, sondern der sich höchstpersönlich als Oberzensor betätigende Innenminister Zimmermann. Die etwa 70.000 Frauen, die auf Krankenschein nach der sozialen Indikation abtreiben lassen, sind dem Herrn Zimmermann ebenfalls ein Ärgernis. Er hält diesen sozialen Fortschritt für Libertinage auf Kosten der Mehrheit der Beitragszahler. Parallel zu diesen massiven Eingriffen in die Rechte der Bürger soll die Polizei aufgerüstet werden. Mit Gummigeschossen und Reizgas.

Fast immer werden Mehrheiten gegen Minderheiten ausgespielt, ebenso Freiheitsrechte gegen Sicherheitsbedürfnisse zu Lasten der Freiheitsrechte. Sicherheit ist aber mehr, als durch strengere Gesetze, staatliche Machtausübung und Polizei mit stärkerer Bewaffnung erreichbar ist. Sicherheit entsteht auch durch Freiheit, nämlich die Freiheit von Angst, die Freiheit zur Ausübung von Grund- und Persönlichkeitsrechten.

Die beabsichtigte Verschärfung des Demonstrations-Strafrechts ist dabei exemplarisch für den Abbau von demokratischen Rechten. Einschüchterung und vorbeugende Kriminalisierung von Demonstranten vergiften das innenpolitische Klima.

Der von einigen herbeigeredete "heiße Herbst" wird als Vorwand benutzt, um Demonstrationen durch schärfere Bestimmungen zu verhindern. Dem "Demonstrations-Unwesen" (so ein CSU-Abgeordneter) soll ein Ende gemacht werden. Nach dem Motto: Anständige Deutsche demonstrieren sowieso nicht.

Für die SPD ist das Demonstrationsrecht ein Eckpfeiler unserer Demokratie. Die Demonstration als Mittel zur öffentlichen Meinungsbildung ist insbesondere für Minderheiten oft das einzige, um der veröffentlichten Meinung entgegen wirken zu können.

Die Aufgabe des Staates ist es, dieses Recht zu schützen. Friedliche Demonstranten müssen ohne Sorge dieses Grundrecht auf Meinungsfreiheit wahrnehmen können. Gegen gewalttätige Demonstranten brauchen wir eine leistungsfähige Polizei und keine verschärften Gesetze. Auch keine neuen Polizeiwaffen. Das führt nur zur Eskalation, trifft auch die friedlichen Demonstranten.



Der Schutz des Demonstrationsrechtes gilt selbstverständlich nur für diejenigen, die friedlich und ohne Waffen demonstrieren. Gegen Gewalttäter bei Demonstrationen muß mit aller Konsequenz und Härte vorgegangen werden. Das ist auch in Hamburg gewährleistet. Wir müssen diese Gewalttäter isolieren und alles tun, um eine Solidarisierung der friedlichen Demonstranten mit diesen Gewalttätern zu verhindern. Es darf deshalb keine Gesetzesverschärfung geben, die als Beeinträchtigung des Grundrechtes auf Meinungsfreiheit empfunden werden könnten.

Die Pläne Zimmermanns bewirken aber genau das. Zukünftig müssen friedliche Demonstranten es beweisen, daß sie "erweislich" abgewiegelt haben, wenn sie sich auf Aufforderung nicht entfernt haben. Gelingt es ihnen nicht, machen sie sich strafbar nach diesen Plänen. Das ist eine Umkehr der Beweislast, die rechtsstaatlich außerordentlich bedenklich ist. Auch der Deutsche Richterbund wendet sich entschieden dagegen.

Darüber hinaus droht eine erhebliche zusätzliche Belastung der Justiz.

Die vom Hamburger Innensenator Pawelczyk verfolgte Linie - Liberalität und Festigkeit - hat sich bewährt. Die Zahl der unfriedlichen Demonstrationen in Hamburg ist zum Beispiel von 1980 auf 1982 von sechs Prozent auf rund 1,2 Prozent zurückgegangen. Das ist erreicht worden ohne Verschärfung des Demonstrationsrechtes bei gleichzeitiger konsequenter Anwendung der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten. Positives Ergebnis des Rückgangs der unfriedlichen Demonstrationen: Die Bereitschaftspolizei ist entlastet worden und kann jetzt teilweise zur Verbrechensbekämpfung mit eingesetzt werden. Die Pläne Zimmermanns gefährden auch diese Erfolge in Hamburg.

Eine Hamburger Abendzeitung - der vorbehaltlos der SPD gewährten Unterstützung völlig unverdächtig - hat vor kurzem festgestellt: "Die Rechnung des Hamburger Innensensors ist bisher aufgegangen, wie auch seine Kritiker zugeben müssen. Während sich in Berlin und Krefeld Hausbesetzer und Linksextremisten Straßenschlachten mit der Polizei liefern, ist es in Hamburg ... ruhig."

Diese Ruhe bedeutet aber nicht etwa Friedhofsruhe; friedliche Demonstrationen werden von der Polizei geschützt, gewalttätige Störer gleichzeitig von der Polizei unter Kontrolle gebracht. Damit dies in Hamburg so bleiben kann, sollte auf eine Verschärfung des Demonstrationsrechtes verzichtet werden. Die Verschärfung schränkt Freiheitsrechte der Bürger ein, erhöht aber nicht den Schutz vor Gewalttätern, bringt Rechtsunsicherheit und gefährdet den inneren Frieden. (-/19.9.1983/ks/rs)

